

Bezugspreis:

Monatlich
durch Boten 3,50 RM.,
durch die Post 3,70 RM.

Verkauf und Abnahme mit Nach-
zahlung der Sonntags- und
Feiertage.
Preis und Verlag
von Dr. G. Sommer,
Bismarck und Diez.

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Zeile 60 Pf.
Zwei- und dreiseitige 80 Pf.
Reklamazeile 2,50 RM.

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 34.
Gersprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gen.

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 172

Diez, Montag, den 2. August 1920

26. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Berlin, 31. Juli.

15. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht das Entwaffnungsgesetz. Vorberathung ist Uebereinstimmung an einen Auspruch von 28 Mitgliedern.

Reichsminister Koch weist auf die ungeheure Aufgabe, die uns Spa auferlegt, hin. Sie lasse sich nur mit dem Volke lösen. Sie sei umso schwerer, als die Zeit zu kurz bemessen, als daß das Reich sich erst mit den einzelnen Ländern ins Benehmen setzen könne. Die Zahl der Waffen sei nicht mit Sicherheit anzugeben und werde nach der Schätzung angenommen, daß es sich um 1,9 Millionen Stück handelt. Erhöht werde die Sache durch das Mißtrauen, das in einem Teile des Volkes gegen den anderen bestehe. Jeder glaube aus Gründen der Abwehr die Waffen nicht entbehren zu können. Das treffe die Linke genau wie die Rechte. Daher müsse es darauf ankommen, das Mißtrauen gegen die Objektivität der Regierung zu beseitigen. Aus diesem Grunde sei auch in der Vorlage jede politische Anspielung vermieden. Abgeliefert werden dürften die Waffen nur an eine unpolitische Stelle. Daher komme auch die Reichswehr für die Durchführung nicht in Betracht. Es müsse also ein Reichskommissar mit außerordentlicher Vollmacht auch gegenüber den einzelnen Ländern bestellt werden. Das könne nur ein Mann sein, der dem Parteileben völlig fernstehe. Da auch eine Amnestie mit der Vorlage verbunden sei, erwarte er, daß ein gewalttames Vorgehen nicht erforderlich sein werde. Deutschland dürfe nicht länger in zwei Lager zerfallen, die sich gegenseitig für Völkermord oder Kappzügen hielten. Gegen jede Aktion werde er aber mit den Waffen der Gewalt vorgehen. Die Regierung nehme es ernst mit ihrer Aufgabe, damit wir wieder ein Volk werden, statt ein Volk, das in Waffen zerfällt. Abg. Loh (Soz.) erklärt die Bereitschaft seiner Partei zur Mitarbeit. Es müssen aber Maßnahmen getroffen werden, welche es verhindern, daß ein Ausnahmegezet daraus werde, das sich einseitig gegen die Arbeiterschaft richtet.

Abg. Ernst (Unabh.) hält die Vorlage für unbrauchbar, da sie von falschen Voraussetzungen ausgehe. Ueber die Frage, wo die Waffen versteckt seien, herrsche noch heute Unsicherheit. Aber wenn die Regierung glaube, daß die Arbeiter Waffendepots besitzen, so beruhe diese Verdächtigung auf Spionagearbeit. Man solle sich lieber einmal bei der „Deutschen Wirtschaftshilfe“ oder bei Herrn Stinnes umsehen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte über die Entwaffnungsvorlage spielten die bairischen Sozialdemokraten eine große Rolle. Die unabhängigen Sozialdemokraten nahmen sie ganz besonders auf Korn, was den bairischen Sozialisten veranlaßte, ausdrücklich festzustellen, daß die bairischen Sozialdemokraten nur dazu da seien, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er stellte fest, daß die bairische Regierung sich den Anforderungen nicht entziehen werde, die die Reichsregierung auf Grund des Abkommens von Spa an sie zu stellen gezwungen sei. Während die Unabhängigen weiter behaupteten, daß es vor allem darauf ankomme, die „Reaktion“ zu entwaffnen, d. h. die auf den Gütern im Osten versteckten Waffen herauszuholen, wurde umgekehrt von den deutschen Sozialisten Seite erklärt, zuerst müßten die unruhigen Elemente in der Arbeiterschaft die Waffen abgeben. Beide Parteien stehen auf einem einseitigen Standpunkt. Die Waffen müssen abgegeben werden von jedem, der sie in Händen hat, mag es sich um Leute der äußersten Rechten oder der äußersten Linken handeln. Ein Nacheinander gibt es nicht.

Als die Debatte sich endlich erschöpft hatte, ging die Vorlage an den Ausschuss. Hiernach wurde das 14. Verfassungändernde Gesetz, wonach bis zum 21. Juli 1921 die bairischen Reichstagsstimmen von den Mitgliedern der bairischen Regierung abgegeben werden können statt zur Hälfte von den Vertretern der Provinzialverwaltung in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen. Darauf wird die zweite Beratung des Ergänzungsetats zum Notetat fortgesetzt.

Beim Etat der Reichspostverwaltung kamen die an anderer Stelle behandelten Beantragungen zur Sprache, außerdem der Antrag der Deutschen Nationalen auf Ermächtigung des Reichskommissars für die Reichspostverwaltung, ein Regierungsbevollmächtigter in einem Verhältnis zu den Selbstkosten der Postverwaltung zu stellen. Die Kosten der Anlage eines Hauptpostamtes stellten sich jetzt in Berlin auf annähernd 1000000 Mark. Der Antrag der Deutschen Nationalen auf Ermächtigung des Reichskommissars auf Ermächtigung der Postverwaltung bis zum 1. Januar 1921 angenommen. Darauf wird der Notetat bewilligt.

Montag 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Notetats.

Berlin, 31. Juli. Der Reichstags-Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich in einer Sitzung am Samstag vormittag mit der Geschäftsverteilung des Reichstages. Er kam zu dem Ergebnis, daß man hoffen könne, die noch vorliegenden Arbeiten bis einschließlich Dienstag beendet zu haben. Auch über den Wiederzusammenschluß des Reichstages nach den großen Ferien fand ein Verständigungsaustausch statt. Es ist anzunehmen, Anfang Oktober wieder zusammenzutreten. In Anbetracht der Konferenz von Genf, deren Verhandlungen zusammengefallen bis zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt, ist schließlich damit zu rechnen, daß der Reichstag erst zu einem späteren Termin zusammen kommt.

Das Entwaffnungsgesetz.

Berlin, 1. Aug. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung vorgelegt worden.

Nach dem Entwurf sind alle Militärwaffen bis zu einem von dem Reichskommissar für die Entwaffnung festzulegenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Der Reichskommissar kann bestimmen, daß zunächst nur ein Anmeldeamt der Militärwaffen zu errichten hat. Nach Ablauf der Ablieferungsfrist in den Besitz von Militärwaffen gelangt, hat dies innerhalb von drei Tagen der für die Ablieferung zuständigen Stelle unter Angabe der Art und Zahl anzugeben. Die für Militärwaffen abgegebenen Teile sowie auf Munition von Militärwaffen Anwendung. Veränderte Militärwaffen gelten als Militärwaffen, wenn wesentliche Teile von Militärwaffen an ihnen vorhanden sind. Alle Personen, welche die in ihrem Gewahrsam befindlichen Militärwaffen innerhalb der vom Reichskommissar festgesetzten Frist abliefern, oder welche die erforderliche Umwandlung innerhalb der festgesetzten Frist erhalten, wird Straffreiheit wegen unbefugter Aneignung oder Ablieferung von Waffen und Munition bisher erlassenen Vorschriften gewährt. Die Herstellung von Militärwaffen und der Handel mit ihnen ist verboten.

Der Reichskommissar kann zur Durchführung seiner Aufgabe die Sicherheitspolizei auffordern und ihr Anweisungen erteilen. Zum Zweck der Durchführung der Entwaffnung kann der Reichskommissar im Rahmen der Gesetze alle ihm notwendig erscheinenden Anordnungen treffen. Er hat das Recht, Durchsuchungen und Beschlagnahme außer- halb der durch die Strafprozessordnung gezogenen Grenzen anzuordnen, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetz aufzuheben sowie eine Kontrolle des Verkehrs der Eisenbahnen, der Schiffe, der Post, der Kraftwagen und sonstigen Fahrzeuge sowie des Luftverkehrs anzuordnen. Sämtliche übrigen Befugnisse des Reiches, der Länder und der öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungs- körper haben innerhalb ihrer Zuständigkeit die Anordnungen des Reichskommissars unbedingt Folge zu leisten. Die Gewichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit des Reichskommissars Rechtshilfe zu gewähren. Der Reichskommissar ist befugt, besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgabe zu schaffen, Bestimmungen über Quartierleistung und Naturalleistung für die Sicherheitspolizei und andere Organe zu erlassen, Anordnungen für Mittelungen, welche die Erfassung von Militärwaffen betreffen, und Entschädigungen für die abgelieferten Waffen zu bewilligen.

Ein Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 300000 Mark wird bestraft, wer nach Ablauf der Frist Militärwaffen anbestimmt in Gewahrsam hat, oder der Anmeldepflicht nicht nachgekommen ist oder wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften oder andere Darstellung zum Ungehorsam gegen das Gesetz oder die Anordnungen des Reichskommissars auffordert. In schweren Fällen kann Gefängnis bis zu 5 und 10 Jahren ausgesprochen werden.

Für die vorläufige Durchführung dieses Entwaffnungsgesetzes wird dem Reichskommissar zunächst ein Kredit von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Deutschland.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, und die Demokraten haben heute gemeinsam im Reichstags- Ausschuss den Antrag eingebracht, die Zwangswirtschaft Amtlicher Lebensmittel mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch aufzuheben. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wird voraussichtlich in 14 Tagen stattfinden, da man glaubt, daß bis dahin das Ermächtigungsgesetz in Kraft getreten ist und der Ausschuss infolgedessen ohne Beteiligung des Reichstagsplenums den Antrag im Verordnungsweg in Kraft treten kann. Gleichzeitig will sich der Ausschuss mit der Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen befassen.

Die Frage der Kohlenpreiserhöhung. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung des Reichskohlenrates fand eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates statt, die insbesondere über den Antrag auf eine ab 1. August vor- sichtige Kohlenpreiserhöhung des rheinisch-westfälischen Kohlen- induskates von 25 Mark je Tonne ausschließlich Kohlen- steiner Beschluß faßten. Diese 25 Mark setzen sich aus folgenden drei Posten zusammen: 1. 14 Mark für ver- stärkter Deinstättenbau; 2. 9 Mark zur Uebernahme der seit Juni aus Anlaß einer Vorkaufseinstellung einstellenden vom Reich kreditweise hergegebenen 45 Mark je Schicht für Lebensmittelposten; 3. 1,80 Mark bzw. 2 Mark zur Rück- zahlung der zu Ziffer 2 genannten, schon ausgegebenen Ver- träge an das Reich. Staatssekretär Dr. Hirsch teilte dazu mit, daß das Kabinett sich mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei: Das allgemeine wirtschaftliche Interesse läßt zurzeit eine Kohlenpreiser- höhung nicht zu. Wird sie beschloffen, so ist gegen diesen Beschluß der Reichsregierung sich bereit, für den Vergrößerungs- heimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereitzustellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt 3 genannten Beträge zu verzichten. Die beschloffenen neun Mark des Antrags werden die Beiden ab 1. August selbst ohne Preiserhöhung tragen können aus drei Gründen: erstens weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken sind und sich dadurch die Selbstkosten er- mäßigen werden; zweitens weil die Förderung steigen und auch dadurch die Selbstkosten sinken werden; drittens weil die meisten Beiden bisher schon gute Gewinne erzielt haben. Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die

Preiserhöhung zu Punkt 3 über 2 Mark durch das Angebot der Regierung hinfällig sei. Ein Antrag, hiernach nur 23 Mark Preiserhöhung für die Tonne zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, angesichts des Angebots des Heimstättenkredits nur die noch verbleibenden 9 Mark Preiserhöhung zu fordern, fand Annahme. Staatssekretär Dr. Hirsch legte gegen die Erhöhung im Antrag der Reichs- regierung Einspruch ein. Es wurde ein kleiner Ausschuss aus Arbeitgeber, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Berg- bauinteressenten darlegen soll.

Helgolander. Der Reichsrat beschäftigte sich mit einem Gesetz zur Ergänzung des Artikel 178 der Reichs- verfassung. Die Bevölkerung von Helgoland wünscht drin- gend, daß das allgemeine Gemeindevahlrecht auf ihre Insel nicht Anwendung finden möge. Dieses Wahlrecht darf nur an eine einjährige Dauer der Anwesenheit des Wahlberechtig- ten geknüpft werden. In Helgoland haben sich indessen infolge der Kriegsverhältnisse viele Fremde niedergelassen, so daß die Helgoländer eine Beeinträchtigung ihrer Interessen befürchten, falls diese alle das Gemeindevahlrecht erhalten. Die Reichsregierung hat daher dem Reichsrat eine Vorlage vorgelegt, nach der in Helgoland das Gemeindevahlrecht an eine längere Wohnsitzdauer geknüpft werden darf. Zu diesem Zweck wird im Artikel 178 der Reichsverfassung die Stelle eingefügt: Mit Rücksicht auf die Verhandlungen bei der Erwerbung der Insel Helgoland kann dort eine vom Artikel 178, Absatz 2 abweichende Regelung getroffen wer- den. Der Reichsrat stimmte dieser Verfassungsänderung zu.

Die Betriebsräte zu dem Steuerabzug. In den Betriebsräteversammlungen der freien und der Hirsch- Dunderfischen Gewerkschaften wurde zu dem Steuerabzug Stellung genommen und durch Entschlüsse von der Regierung verlangt, daß das Existenzminimum auf 10. bis 15.000 Mark heraufgesetzt werde. Zur Bekämpfung der zu- nehmenden Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegen- stände wurde beschlossen, große, leistungsfähige Verbrauchs- organisationen auf genossenschaftlicher Grundlage zu bil- den, soweit sie nicht schon bestehen. Der unsoziale und un- produktive Handel solle beseitigt werden. Viehliche Ver- sammlungen fanden auch in den umliegenden Städten unter den Betriebsräten statt. Heberall wurde von auf kommuni- stischer Grundlage stehenden Rednern versucht, die Arbeiter aufzuputten und sie zur vollständigen Niederlegung der Arbeit zu bewegen, falls der Steuerabzug nicht einsehe. Bemerkenswert ist, daß dies fast überall mißlungen ist. So fand ein Antrag, die Arbeitgeber zur Zahlung der Steuer aufzufordern, in einer Hauptversammlung der Schwerindus- triellen Arbeitervertreter nur zwei Stimmen. Daß die Steuer aufgebracht werden müsse, wurde offen anerkannt und bemerkt, daß das neue System der Drückbergererei des einzelnen zum Schaden der Allgemeinheit ausschalte, aber in der augenblicklichen Zeit der Teuerung empfinde die Arbeiterschaft die hohe Steuer als Bedrückung, und sie ver- binde deshalb immer die Steuerfrage mit der Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Außerdem wird versucht, durch Prämienzahlungen und Abmachungen über Beteiligung am Gewinn den Abzug nicht empfinden zu lassen. Im großen und ganzen sind die Hoffnungen der Kreise, die auf Grund des Steuerabzugs die Unzufrieden- heit der Massen zu politischen Zwecken und Unruhen aus- beuten wollen, gescheitert.

Die Zwangswirtschaft.

Reichstag, 31. Juli. Die Aufhebung der Zwangs- bewirtschaftung für Fleisch ist bekanntlich von den sächsi- schen Staaten beschlossen worden. In Berlin möglicherweise freieren steht man diesem Schritt der sächsischen Staaten durch- aus ablehnend gegenüber, einmal, weil die sächsischen Staaten durch- nach Auffassung der Berliner maßgebenden Stellen damit den Rechtsboden verlassen haben, dann aber auch, weil durch eine vorzeitige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung die außeror- dentlich große Gefahr heraufbeschworen werde, daß die Brotge- treideversorgung durch Verfallung von Brotgetreide zur Erzielung höherer Reichserzeugung in katastrophaler Weise gefährdet wird.

Wie wir hören, werden am Freitag in Berlin Besprechungen zwischen den einzelstaatlichen Ernährungsministern und dem Reichsernährungsminister stattfinden, um die Erfahren von der Notwendigkeit der Rückgängigmachung ihres Beschlusses zu überzeugen. Auch das Reichsernährungsministerium ist keines- wegs unbedingt Gegner der Aufhebung der Zwangsbewirtschaft- ung für Fleisch. Es steht aber unter den gegenwärtigen Ver- hältnissen auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung nicht sofort erfolgen kann. Wir glauben zu wissen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, etwa zum Ausgang des Herbstes, spätestens aber zu Beginn des Winters die Zwangsbewirtschaftung ganz aufzu- heben. Voraussetzung ist allerdings, daß es gelingt, in geäng- der Menge Futtermittel aus dem Auslande anzuführen.

Demonstration ehemaliger Frontkämpfer in Brüssel

Brüssel, 31. Juli. Hier kam es zu einer um- fangreichen Kundgebung der ehemaligen Frontkämpfer als Protest gegen eine Regierungsvorlage zur Gründung von Fonds zugunsten der ehemaligen Frontkämpfer. Die Wani- festanten verlangten, daß jedem einzelnen von ihnen eine bestimmte Entschädigungssumme ausbezahlt werde. Mit ihren Fahnen drangen die Demonstranten in den Sitzungs- saal des Parlaments ein und unterbrachen die Sitzung. Erst nach langen Verhandlungen gelang es, die Demonstranten zum Verlassen des Saales zu bewegen. Durch lauthellen herbeigeholte Gendarmen gelang es auch, die Demonstran- ten aus der Umgebung des Parlaments und der Regierungs- gebäude zu entfernen. Der Ministerrat erhob gegen den Hauptanführer der Demonstranten und gegen die Zeitung Vaterland Anklage. Die Zeitung hatte die Frontkämpfer zu dieser Kundgebung aufgerufen.

Die Lage im Osten.

Vor den Waffenstillstandsverhandlungen. Der Chef des Generalstabes der polnischen Armee hat mittels Radiotelegramms am 25. d. M. folgende Antwort an die Sowjetregierung geschickt:

Das große Generalquartier der polnischen Armee bestätigt den Empfang des Radiotelegramms vom 22. d. M. und verspricht, daß es seine bevollmächtigten Delegierten am 30. d. M. um 20 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf die Straße Brest-Litowsk-Baranowicz, senden werde, wo sie sich zu dieser Zeit mit den russischen Delegierten treffen werden. Wir weisen darauf hin, daß das Datum des 30. Juli nicht in unserem Radiotelegramm vom 22. bezeichnet worden war. In Bezug auf Empfang und Verhandlungen mit den Parlamentären bitten wir, uns mittels Radiotelegramms zu informieren, oder sich an die internationalen Rechtsbestimmungen zu halten.

Der Chef des Generalstabes.

Das Hinausschieben der Verhandlungen veranlaßt die Sowjetregierung, alle ihre Kräfte zu einer verstärkten Offensive einzusetzen, jedoch Polen bis zum Augenblick der Waffenstillstandsverhandlungen zu einer absoluten Kapitulation kommen soll.

Die Londoner Konferenz mit Sowjetrußland. Unterhaus. Zu der russischen Frage sagte Lloyd George, die englische Regierung stimme mit den Ansichten der italienischen Regierung überein. Die Alliierten hätten sich über den Vorschlag der Antwort reiflich geeinigt. In der Antwortnote heißt es:

Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, den Alliierten vor, in einer in London abzuhaltenen Konferenz, in der auch die Sowjetregierung vertreten sein wird, teilzunehmen.

Die Abreise der Untehändler. — Die Lage an der Front.

Der Frankf. Ztg. entnehmen wir folgenden Bericht über die Lage im Osten.

Warschau, 31. Juli. Heute Abend um acht Uhr begaben sich die Vertreter der polnischen Heeresleitung unter Führung des Generals Komar, der in dem Feldzug in der Südrussland seinerzeit kommandierender General war, begleitet von dem Unterstaatssekretär Wroblewski, nach dem vorbereiteten Frontabschnitt von Brest-Litowsk auf der Chaussee nach Baranowicz, wo sie die Vertreter der Heeresleitung der Roten Armee treffen sollten.

Warschau hält den Atem an. Die Stadt ist voller Gerüchte über die angeblichen Bedingungen des Waffenstillstands. Tatsächlich hat man jedoch keinerlei authentische Unterlagen, ob eine Waffenruhe möglich ist oder noch nicht. Heute wurde eine Verordnung über das Verhalten bei Fliegerangriffen veröffentlicht. Bisher sind aber keine erfolgt.

Im Kurier Voranruf befragt ein höherer Militär, die ganze Bevölkerung zu Armerungsarbeiten im Vorfeld der Stadt heranzuziehen. Die Frauen veranlaßten gestern einen Umzug, die Drückeberger mühten zur Front gehen. Man rechnet also ernstlich mit dem Fortgang des Krieges. Gleichzeitig hegt man aber auch noch einen Rest von Hoffnungen, der englischen Politik könnte es gelingen, den Bolschewisten es nützlich erscheinen zu lassen, eine Fortführung des Krieges zu vermeiden.

Was endlich Deutschland betrifft, so sind zwei Elemente der öffentlichen Meinungsrichtung festzustellen. Einestheils sind Klagen, daß Deutschland die Bolschewisten begünstige, gegen Polen aber feindselig gesinnt sei, fast ohne Unterbrechung der Partei seit Wochen an der Tagesordnung. Auch die deutsche Neutralitätserklärung werde zunächst amtlich zwar mit Zurückhaltung aufgenommen, seitdem sie aber praktisch als eine Hemmung in den Munitionslieferungen der Alliierten empfunden wurde, leitete man daraus einen neuen Anlaß zu entrüsteten Beschwerden her. Andererseits hat man unverkennbar angesichts der wachsenden Gefahr begriffen, daß eine Zuspitzung der Beziehungen zu Deutschland nicht in Polens Interesse liege. Nach dieser Richtung hat auch der soeben hier bekannt gewordene Appell Churchills an Deutschland auf die Gemüter gewirkt.

Die Lage an der Front war bei Beginn der Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes folgende: Am rechten

Flügel drangen die Bolschewisten bis an die ostpreussische Grenze vor. Ostrowice wurde von ihnen besetzt, ihre Patrouillen streifen vor Lomża, die russische 4. Armee, die am Mittwoch Bialystok besetzt, steht am Rade. Weiter östlich, bei dem Eisenbahnknotenpunkt Tscherechna steht die Rote Armee 30 Kilometer vom Bug entfernt, bei Brest-Litowsk unmittelbar vor der Stadt. In Ostgalizien finden Kämpfe an der Serethlinie seit Anfang dieser Woche statt. Hier stehen die Bolschewisten auf kongress-polnischem Gebiet.

Politische Rundschau.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft. In der Sitzung des badischen Landtages erklärte der Minister des Innern, daß die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden den schärfsten Widerstand der Reichsregierung gefunden habe und Repressalien zu befürchten seien. So wurden keine Kartoffeln von Norddeutschland nach Baden angeliefert. Die badische Regierung hat die Schwierigkeiten vorangesehen und warnte den Landtag, einer teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft zuzustimmen. Trotzdem hat der Landtag einstimmig den Antrag angenommen, wonach die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Getreide, Schlachtvieh, Fleisch, Fett, Tabak, Flachs und Hanf alsbald aufgehoben werden soll.

Handel mit dem Osten. Der Reichsrat genehmigte das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland und über den freien Transithandel Deutschlands mit Rußland durch Lettland. Unverändert angenommen wurde eine Änderung des Postgebührengesetzes, demzufolge die Erhöhung der Zeitungsgebühren statt am 1. Oktober erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Der Völkerbund. Der Rat des Völkerbundes hat in San Sebastian unter dem Vorsitz von Quinones de Leon seine erste Sitzung abgehalten. Es wurde unter anderem die Frage behandelt, wer die Ausgaben des Völkerbundes im Jahre 1920 tragen solle. Die ursprüngliche Regelung, daß die Ausgaben dieses Ausschusses zu Lasten des Saargebietes selbst gehen sollten, wurde aufgehoben. Der Rat hat ferner mehrere Berichte des Sekretariats entgegengenommen. Aus einer Mitteilung des allgemeinen Sekretärs Sir Eric Drummond, ergibt sich, daß der internationale Ausschuss für Statistik im September zusammentreten wird. Es wurde weiter Mitteilung gemacht über den Beginn der Arbeit des Mandatsausschusses.

Italienische Einwände. Entgegen der gestrigen Meldung der Daily Mail, daß die in Voulagne abgegebene Antwortnote an die Sowjetregierung bereits abgeschickt worden sei, wird heute berichtet, daß diese erst nach Eintreffen der italienischen Zustimmung, die bis jetzt noch nicht eingetroffen ist, ihrer Zustimmung zugeführt werde. Man sieht Einwände seitens der italienischen Regierung voraus und erklärt damit die verzögerte Mitteilung.

Bekannt ist, daß Rom der Wiederaufnahme der Beziehungen auch mit der Moskauer Regierung geneigt ist und sie nicht von der Anerkennung der Schuld von 20 Millionen an Frankreich abhängig machen will. Während die italienische Auffassung in Paris verstimmt, ist man wiederum in Rom mit Lloyd George nicht zufrieden, weil er seine und Italiens Meinungen bezüglich der internationalen Konferenz Millard gegenüber nicht durchgesetzt habe, sich vielmehr vom französischen Ministerpräsidenten habe unterwerfen lassen. Lloyd George wird morgen im Unterhaus selbst eine Erklärung über seine beiden an die Sowjetregierung gerichteten Noten abgeben und deren Text vorlesen.

Italien erteilt zu dem Voulagner Vertrag seine Zustimmung. Es hat seinen Vertreter in London beauftragt, Lloyd George das Einverständnis Italiens mitteilen zu lassen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Abänderung des Flaggenerbates. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat unter dem 22. 7. eine Verordnung betreffend das Flaggen erlassen. Diese Verordnung tritt am 5. August in Kraft. Danach sollen die örtlichen Behörden oder Verwaltungen von Linzungen, die nationale Fahnen aufziehen oder mit sich tragen wollen, mindestens 48 Stunden vorher dem betreffenden Kreisdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission An-

träge zur Genehmigung vorlegen. Dieser kann die Genehmigung verweigern, falls er Befürchtungen hegt, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen durch die Veranstaltung gefährdet werden könne. Auf die auf dem Rhein verkehrenden Schiffsfahrzeuge findet die Verordnung keine Anwendung.

Saarbrücken, 1. Aug. Die Verhandlungen zwischen der Regierungskommission und der Saarbeamtenorganisation zum Zweck der Errichtung einer Beamtenkammer zur Übernahme der deutschen Beamten in die Dienste der Saarregierung sind gescheitert. Das vorgeschlagene Disziplinarwesen gewährt keinen Schutz gegen willkürliche Entfernungen vom Amt, vielmehr freies Abzugsrecht durch die Dienstvorgesehen ohne die Möglichkeit der Berufung an einen unabhängigen Gerichtshof.

Plaudereien aus dem Alltag.

Manieren.

Im Verkehr der Menschen untereinander kann man am besten deren innere Qualität studieren. Wie sich einer gibt, darin offenbart er seinen ganzen Charakter. Für gewöhnlich bestimmt man bei Meinungsverschiedenheiten zu hören: Ich sage es frei heraus, wie ich denke! — Die das sagen, denken meist anders. Wer wirklich unbelümmert den Schnabel laufen läßt, und Blatt vor den Mund nimmt, der gibt sich nicht erst lange Rechenschaft über seine Ungehoblichkeit. Seine Grobheit ist ihm so natürlich, ist so sehr ein Ausfluß seines ausgeprägten Wesens, daß er darüber ebenso wenig ein Wort verliert, wie ein anderer über seine Hühneraugen. Es ist — beläufig gesagt — ungefähr so wie mit der Religion: wer sie so viel vor anderen in den Mund nimmt, hat selber keine.

Mit dieser dicken Gerabtheit hat nichts gemein die verheerende oder offene Ruppigkeit und Rücksichtslosigkeit, die sich am häufigsten im Kellertrunk, vielfach auch hinter dem Podestisch und öffentlichen Schaltern antrifft. Es ist damit absolut kein Dreck geworfen auf den Bedientenstand, als solchen. Im Gegenteil: mir ist ein ordentliches Ladenmädchen (freilich ein bißchen häßlich und ein wenig schamlos) als ein pilantes, parfümiertes Alltagsmädchen oder irgendeine hochmütige Barbiere, die vor lauter Gelehrtheit nicht für eine Wappensuppe garantieren kann. Und vor der Plünderung, wie wir sie bei unseren Beamten als selbstverständliches voraussetzen gewohnt sind, siehe ich jederzeit den Hut. Sogar das Trinkgeld reut mich nicht, daß ich dem dienenden Geist verabschiede, wenn er es mit Würde und offener Willigkeit verschwinden läßt.

Aber in einer Zeit, die das überkommene Gute zunichte dem Veralten ad acta legen möchte, ist eine widerwärtige Ruppigkeit geradezu an der Tagesordnung. Das hat in den Gesellschaften begonnen mit dem Tage, an dem man nur noch rationenweise Butter, Fleisch, Schuhe und Bekleidung kaufen konnte. Der selbe Kaufmann, der einem früher die Ware mit einem Winkling ins Haus brachte, hält es schon lange nicht mehr für angebracht, seinen Kunden einen freundlichen guten Tag zu wünschen oder hinterher, wenn er's Geschäft gemacht hat, das ehemalige einladende, von unterwürfigen, zuckersüßem Händereiben begleitete „becken Sie mich bald wieder“ zu flöten. Hält ihm gar nicht ein! Wie lauter Grinde und Warmherzigkeit sieht es aus, wenn er einem seine Erzeugnisse schlechtverpackt (durch Papiermangel allerdings zu entschuldigen) unheimlich auf die Thete schiebt, oder wenn er bei 20 und 50 Marktscheine wechseln muß, deren er jetzt mehr in Händen hat als früher Hühneraugenstücke.

Zugegeben, daß ein Gefühl der Ueberlegenheit manchmal hinter dem Podestisch in die obere Etage steigt bei dem Bedienten: der Käufer ist auf mich angewiesen; er braucht mich, er kann nicht ohne mich sein. Je kleiner das Hirn, desto größer der Wahn. Das war schon immer so. Aber eigentlich, der gerade dienenden Leute, die fremdbelieben sind, auf deren Gutmütigkeit und Ungnade vorzugsweise die Manneswelt angewiesen ist, die Freude, die man sich noch immer bis auf den heutigen Tag, auch was — nebenbei bemerkt — die Preis- im Verkehr mit den übrigen Preissteigerung angeht, noch immer an der Spitze der Zivilisierten. Möglich, daß bei einer guten Zurechtweisung angeborener Menschensfreundlichkeit ihr entgegenkommendes Wesen oft allzu entgegenkommendes Wesen darin begründet liegt, daß sie ihr eigenes Ich so oft im Spiegel sehen.

weil ich keine Reizung und Befähigung habe, Vaters Werke fortzuführen? Deshalb bin ich nicht ein Unmündiger geworden, dem man das Elternhaus mit Berechtigung abschließen dürfte.“

Mit einer wilden gereizten Gebärde fuhr er durch den dichten blonden Schopf.

„Na, sie können nun auch mal warten. Nicht etwa, triegen sie mich zu sehen, als bis ich als berühmter Mann stolz anknöpfen kann. Ha, sie sollen mir diese Härte, diese Nichtachtung noch abbiten.“

„Ich will dir Erfolg wünschen, Sven. Ist er aber gewiß? Wie viele haben den nicht in diesem selben Zimmer erwartet! Alle wollten sie die Welt aus den Angeln heben, keiner hat's gekonnt, oder hat sich sonst hervorgetan. Sie haben sich alle in der Menge verloren, und viele gingen unter im reißenden Strom der Konkurrenz, der alles Leben dieser lodernen Seelen löschte. Ach, wie oft habe ich dich später gehört.“

„Und ich fühle mich gar nicht mal als solch himmelstürmender Uebermensch“, scherzte er matt. „Werde leicht erst recht nichts erreichen. Kommt es so, gebe ich noch weniger klein bei. Dann werde ich überhaupt nicht wieder zurück. Dann werde ich Seemann oder Seemannsgeld, Gleichviel was, sofern ich nur auf und am Wasser bleibe kann. Denn meine rechte Heimat ist wohl nur das Meer. Jedenfalls ist's meine stärkste Leidenschaft.“

Danke, das war nichts für sie. Ihr Lebenselement war Pariser Luft.

So wäre wirklich nichts Reelles mit Studentenliebe zu fangen? Auch dieser blonde Hüne veragte? Er war ein paar Jahre weniger als sie, nun ja, aber es hätte nichts ausgemacht, das kommt in vielen Ehen vor. Er hatte ihn mit seiner stattlichen Kräfterscheitlung für einen ganzen Mann gehalten, und nun war er doch nur ein ganzes Junge, viel Schwärmer im Kopf und wenige Franzosen der Tatkraft, wie die andern auch. Alles in allem ein praktischer Mensch, der seinen Vorteil total überließ.

Um das herauszufinden, hätte sie sich wahrlich so mühsam zurechtfinden brauchen. Immerhin, sie war nun mal hier, und schließlich reizte es sie noch immer ihn anderen Sinnes zu machen. Steckte er die Nase so hoch in die Luft, der stolze Schwärmer, auf der Basis seines wohlhabenden Elternhauses fuhr er trotz aller Unfinstiger Bedenke, sich völlig loszulösen. Sie würde dafür sorgen, daß nicht alle Stränge rissen.

Fremdes Reis.

Roman von E. Dressel

Nachdruck verboten

Als Einleitung gedachte sie dem Freunde zunächst ihre Hilfe beim Baden anzubieten.

Alein, sie fand das bereits geordnet.

Schon war dabei, die Schlüssel seines Mädler zu schließen. Nun wies er auf eine größere inmitten des Zimmers stehende Kiste.

„Die heben Sie mir, bitte, einstweilen auf, Blanche.“

Sie suchte bei dem Sie. Bis dahin hatten sie einander gute Freunde, die sie waren, geduzt. Der Umstand, daß er Sachen hierließ, beruhigte sie gleich darauf. Er wollte also die Hausbeziehungen nicht völlig abbrechen.

So ignorierte sie den fremden Ton, nicht während und setzte sich dann gemütlich auf die Kiste. Da die so hoch war, daß ihre Füße nicht auf den Boden reichten, sondern in der Schwere blieben, schob sie mit rascher Bewegung den Kleiderarm ein wenig zurück, so daß die schmalen, gut beschuhten Füßchen in ihrer ganzen Reizbarkeit sichtbar wurden. Und alsbald begannen diese hübschen wippenden Füßchen ein köstliches Spiel.

Der Barbar — jetzt war er es entschieden in ihrer Meinung — bemerkte nichts, sah gleichgültig an ihr vorbei, machte sich an seiner Handtasche zu schaffen und nahm nicht die leiseste Notiz von dem Besuch.

Nun, formelle Rücksichten waren nebensächlich zwischen Kameraden. Das lange Schweigen indes begann sie zu langweilen. Damit kam sie nicht weiter. Darum gönnte sie den Füßchen Ruhe und ließ die Zunge manövrieren, indem sie anfang: „Also nach Deutschland geht die Reise vorläufig nicht?“

„Nein. Sie haben anscheinend keine Sehnsucht nach mir, zu Haus“, versetzte er knapp.

Wie der Blitz war sie von dem hohen Sitz herunter und neben ihm. „Verstoßen, Sven? Dann bleibe doch ruhig hier.“

Ein kleines verlegenes Lächeln spielte um seinen Mund. „Na, ich denke, ganz so schlimm ist's doch nicht. In Ungnade bin ich freilich gefallen, die kann aber nicht ewig dauern.“ Unwillkürlich in die Gewohnheit offenerherziger Mitteilung und des kameradschaftlichen Du zurückgehend, sprach er nun rasch weiter. „Na, denke dir, auf meinen

ausführlichen Brief, in dem ich doch schon kleine Erfolge melden konnte und trotzdem nochmals um Vaters Verzeihung und Einwilligung bat, hörte ich kein Wort. Er zürnt dem Malerjohn also ernstlich. Allerdings, ich wurde nicht nach Paris geschickt, um Kunststudien zu treiben. Ich habe dir das wohl mal erzählt, Blanche.“

„Hättest deinem Vater gehorchen sollen, lieber Junge. Widerständigkeit gegen die Eltern — es kommt nie was Gutes dabei heraus, Aufruhr gegen einen vermögenden Vater aber ist entschieden dumm.“

„Ich bin nie ein Mensch kalter Berechnung gewesen“, fuhr er heftig auf. „Ich liebe und ehre meine Eltern, aber Ueberzeugungen, das Recht der Selbstbestimmung kann ich ihnen nicht opfern.“

Sie wiegte den Kopf. „Hm — ganz schön, wäre nur nicht das Geld auch eine schöne und notwendige Sache. Oder hast du sonst eigenes Vermögen?“

Er lachte. „Leider nicht, petite. Ich fange ja erst an zu verdienen. Es kann lange dauern, ehe mir meine hohe Göttin eine sichere Rente gewährt, wenn das überhaupt je vorkommt. Gegenwärtig nenne ich keine tausend Frank mein eigen. Ich denke trotzdem nicht dran, zu Kreuz zu kriechen. Wenn sie zu Haus einen so guten und begeisterten Brief meiner Antwort wert halten, dann haben sie kein echtes starkes Gefühl für mich, für die Kunst, die mir so heilig ist, aber nicht das mindeste Interesse, geschweige denn Hochachtung.“

Auf solche Kränkung sollte ich noch ferner gute Worte geben? Fällt mir nicht ein. Ich kann's einfach nicht, ebenso wenig wie ich meine Kunst lassen kann.“

„Was fängst du denn nun an?“

„Nun, der lange Sommer steht vor der Tür, da gehe ich natürlich wieder ans Meer. Die Küsten der Normandie, der Bretagne, die nahren Inseln — Himmel, was ist's da malerisch! Endlose Studien kann man machen. Darüber vergesse ich wohl, daß mir die Heimat verschlossen ist.“

„Vorübergehend, Sven, du meinst es ja selber. Ich bitte dich, der einzige Sohn, — und ihr Deutschen mit eurer Sentimentalität dazu. Das wird sich schon zurechtgeben, du darfst nur nicht zu querköpfig sein.“

„Davon schweige. Das steht auf einem andern Blatt, denn Vater ist mir durchaus unbegreiflich in seiner jetzigen Härte. Ach, wenn ich an meine Kindheit denke. Da gab's nur Liebe und Bewohnung, selten einen verlagten Wunsch. Und so viel Treue soll plötzlich wie ausgelöscht sein, bloß

nher
 t Gl
 mit
 aröß
 s, De
 Wnal
 m H
 utig
 Un
 n
 Do
 nend
 tie

Aus der guten alten Zeit.

In den „Dillenburger Anzeiger-Nachrichten“ lesen wir unterm 22. September 1787:

„Ein Muster der Landwirtschafts-Polizei. Ein sehr rühmliches Beispiel gegen den Obstfresser gibt uns die Altsiedler Gernert, das zu ihrem Lob und anderer Nachahmung verdient bekannt gemacht zu werden.“

Ganz nahe bei genanntem Orte, hat der Hr. Rektor Mannebach aus Diez, einen sehr schönen Weingarten angelegt: wo, selbst an der Höhe die schönsten Trauben wachsen, die von außen an allen Enden, ohne die allgeringste Mühe gereicht werden können. Doch versichert aber besagter Hr. Eigentümer, daß ihm von der ersten Anlage bis jetzt, noch keine Beere, an den Rebstöcken, noch eine andere Frucht in dem davor gelegenen Baumgarten, sehr entwendet worden.

Die sehr dieß der Gemeinde zur Ehre gereicht, wird ein jeder selbst erkennen. Wächte doch in einer jeden Gemeinde von den Schulheissen und Heimbürgern eine so gute Ordnung gehalten werden, daß man ihr mit Recht ein gleiches Lob beilegen könnte.“

Lezte Nachrichten.

Eigener Nachrichtendienst der Diezer und Emser Zeitung.

Oberschlesische Alarmanachrichten.

Berlin, 1. Aug. Aus führenden Kreisen der ober-schlesischen Montanindustrie treffen hier Nachrichten ein, wonach die Kohlenfrage in Oberschlesien so gut wie ganz hinter der des Volkswirtschafts zurücktritt. Arbeiter beider

Stellung der Zuchtstullen und Zuchtziegenböde.

Die Stellung und Unterhaltung von 2 Zuchtstullen sowie von 5 Zuchtziegenböden auf Kosten der Stadt soll vergeben werden. Schriftl. verschlossen: Mi-gelote, gehindert für die Stullen, und die Zuchtböde sind bis Samstag, den 7. August 1. Jz., vor-mittags 11 Uhr an uns einzureichen.

Näheres ist im Rathaus zu erfahren. Es wird in Aussicht genommen, dem Unternehm-er, sobald es angängig ist, ein städtisches Stück Land zu überweisen, damit er in der Lage ist, daselbst selbst zu ernten.

Bad Ems, den 31. Juli 1920.

Der Magistrat.

Kohlenknappheit.

Mit Rücksicht auf die im kommenden Winterhalbjahr bevorstehende außerordentliche Kohlenknappheit ermahnen wir unsere Bürgerchaft eindringlich zur äußersten Sparsamkeit bei der Verwendung von Brennstoffen.

Bad Ems, den 1. August 1920.

Der Magistrat.

Lebensmittelverteilung.

Auf Nr. 1 der Fettkarte gelangen in den Butte-gegeschäften von Bräutigam, Wilhelm und Ganz 30 Gramm Butter an die Inhaber der Karten Nr. 1 bis 2000 zur Ausgabe.

Ausgabe von Hülfsfrüchten

Am Dienstag den 3. August nachmittags von 2 bis 4 Uhr gelangen im Schlachthof Hülfsfrüchte zum Verkauf.

Preis für Erbsen 2 Mark.

Preis für Bohnen 1.50 Mark.

Bad Ems, den 2. August 1920.

Verbandsamt.

Anbringung von Preisverzeichnissen in den Kleinhandlungen.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Ver-ordnungsregelung vom 25. 9. 15 wird hiermit bestimmt, daß alle hiesige Geschäftsinhaber, die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs im Kleinhandel feil halten, ein Verzeichnis in ihren Verkaufsräumen oder an ihrem Betriebsstand anzubringen haben, auf dem der genaue Verkaufspreis der Wa-ren im einzelnen ersichtlich ist.

Die Preisankündigung im Verzeichnis gilt als Preisforderung im Sinne der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. 7. 15.

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschrei-ten werden. Die Abgabe der im Kleinverkauf üb-lichen Mengen an Verbraucher zu dem angekündigten Preise gegen Barzahlung darf nicht verweigert werden. Wer der bevorstehenden Bestimmung zuwiderhan-delt, wird, sofern nicht andere Vorschriften höhere Strafen androhen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Hierzu wird noch bemerkt, daß in nächster Zeit die Mitglieder der Preisprüfstelle, die mit ent-sprechenden Ausweis versehen sind, eine Kontrolle über die Befolgung der Vorschrift ausüben werden.

Bad Ems, den 31. Juli 1920.

Die Preisprüfstelle.

Die Zahnpflege nach zahnärztl. Vorschrift:

Zahnpulver Nr. 23 nur echt mit Na-menstempel Zahn-arzt P. Bahr. Blendend weiße, schöne, gesunde Zähne!

In Langenlisen in der Stadt-Apothek, In Bad Ems in der Drogerie von Aug. Roth.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäldenbürgers und Wälders Wilhelm Schmidt von Nupbach ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen — und zur Beschluß-fassung der Gläubiger — über die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses — der Schlußtermin auf den 1. Oktober 1920, vorm. 9.30 Uhr vor dem Amtsgerichte hierseits bestimmt.

Diez, den 14. Juli 1920.

Das Amtsgericht II.

Nationalitäten feierten Verbrüderungsfeiern. In Kattowitz mehrten sich die Flüchtlinge aus Polen und Galizien (täglich angeblich 600). Aus Krakau trafen Nachrichten ein, wonach dort gegenwärtig 100 000 Flüchtlinge aus Polen, namentlich beißende Leute, eingetroffen seien. Deren Erzählungen sollten bezeugen, daß die russischen Fronttruppen Kraft organisiert seien und sogar mit Regimenternamen des alten zaristischen Regimes auftraten. Diese letzteren hielten Zucht, aber die dahinterkommenden kirgisch-mongolischen Truppen seien ziellos und gewalttätig gegen alle Besitzenden.

Der 10%, Steuerabzug.

Mz. Berlin, 1. Aug. Auf wiederholte Anfragen be-züglich der Auslegung des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Juli über die ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird von amtlicher Stelle folgendes mit-geteilt: Die bis zum 1. August gemachten Abzüge können auf die nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Beträge nur dann und nur insoweit angerechnet werden, als sie höher waren, wie die Summe, die sich nach dem neuen Tarif ergeben würde.

Demonstrationen für die Völkerverständigung.

Mz. Berlin, 1. Aug. Heute vormittag 10.30 Uhr hatte sich eine ungefähr 15 000 Mann starke Versammlung am Lustgarten eingefunden, um an einer vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer einberufenen Waffenkundgebung für Völkerverständigung und Weltfrieden teilzunehmen. Während die Redner, die auf der Freitreppe des Doms Posten ge-faßt hatten, ungestört Ansprachen halten konnten, wurden die Redner, die von den Treppentufen des Museums sprachen, häufig durch Zwischenrufe von Angehörigen der R. P. D. unterbrochen. Allmählich entstand ein derartiger

Lärm und Tumult, daß es den Rednern nicht möglich war, die Reden zu Ende zu halten, und es gelang schließlich der R. P. D., die Versammlung zu sprengen. Teilnehmer formierten sich zu einem Zuge durch die Stadt, der sich schließlich am Völkerverständigungsspiel in aller Ruhe löste.

Mz. Marienwerder, 1. Aug. Heute am Tage des Ausbruchs des Krieges fand hier vor dem interalliierten Kommission eine Waffenkundgebung gegen den Krieg und für den Völkerverständigung statt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Bestrebungen, das Volk auf neue in einen neuen Völkerverständigungskrieg zu treiben, protestiert und die Reichsregierung die strikte Durchführung der Waffen- im Kriege zwischen Rußland und Polen verlangt wird.

Vom Büchertisch.

Handbuch des guten Tones und der feinen von Konstanze von Franken. 38. verbesserte Auflage. Seiten. Preis vornehm gebunden Mk. 9.00 (einschl. Post-schläge) Max Hesse's Verlag, Berlin W. 15. — Ein- und einwandfreies Benehmen sind gerade in unserer strebenden Welt denn je. Von all den zahlreichen Büchern gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorteile sich vereint wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll, leicht auswendig, behandelt seinen Stoff maßvoll, schöpfend und ist äußerst billig. Nicht von bloßer Theorie, sondern mit innerer Veredlung, stets Höflichkeit mit Ver-schämtheit, wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Mann, der seine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen, falls möchten wir das Buch als besseres Geschenk in Gelegenheiten wärmstens empfehlen.

L. J. Kirchbergers Buchhandl., Bad Ems

Nassauer Hof

Soeben erschienen:

Von Kiel bis Kapp

Zur Geschichte der deutschen Revolution

von Gustav Noske.

Preis 30 Mark

Zu haben in: L. J. Kirchberger's Buchhandlung, Bad Ems.

Café Hohen-Malbe

BAD EMS

Heute nachmittag:

KONZERT

Rhein-u. Moselweine

Heinrich Maxeiner, Weinhandlung, Bad Ems. „Zur Wacht am Rhein“ Telefon

Herr, Dein Wille geschehe!

Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen unsern kleinen süßen Liebling **Hans Walter** heute morgen 4 Uhr in die Schar seiner Engel aufzunehmen.

In tiefem Schmerz:

Ludwig Fischer u. Frau

Luise, geb. Groß.

BAD EMS, 1. Aug. 1920.

Römerstr. 88 Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 4. August, nachm. 2 Uhr von der Friedhofskapelle aus.

Emma Müller

August Maxeiner

Verlobte

Lobschied, August 1920.

ZahnPraxis

Charlotte Kyritz, Nassau

Emserstr. 1, I. Stock.

Ab Montag, 16. Aug. d. Js. halte ich hier t ä g l. Sprechstunden: Werktags von 9—12 u. 3—6 Uhr Sonntags von 9—12 Uhr.

Zahnziehen mit u. ohne Betäubung, Plombieren, Umarbeitung schlecht-sitzender Gebisse, Neuherstellung derselben aus Kautschuk u. Metall, sowie Anfertigung von Kronen u. Brückenarbeiten etc. Schonende Behandl. — Mäßige Preise.

Nebenverdienst

bis 1000 M. monatlich, leicht zu haben, ohne Vorkennt-nisse. Dauernde Erft. Rab. auf briefl. Anfr. durch **E. Wöhrle & Co., G. m. b. H.** Berlin-Lichterfelde, Postfach 210.

Bruchleidende!

Eine wahre Wohltat für die bruchleidende Menschheit ist ohne Zweifel mein neues, jedeslozes, gutanliegendes, tag und Nacht tragbares Leder-Spezial-Bruchband mit den neu konstruierten noch nie dagewesenen ver-besserten Belagten. Es kann mit Recht als eine Errungenschaft auf dem Gebiete der Erfindungen bezeichnet werden, Schriftliche Garantie. Von Ärzten geprüft und als richtigen Schutz aner-kannt. Mein Vertreter ist von 9—3 Uhr mit Muster gegenwärtig und erteilt kostenlose Auskunft in:

Beslerburg: Freitag, den 6. August, Hotel zum Bahnhof.

Diez a. L.: Sonnabend den 7. August, Hotel „Hof von Holland“.

Nassau a. L.: Sonntag, den 8. August, Gasthaus „Zur Krone“.

P. Binder, Spezial-Bandagist, Saarbrücken 3, Rastaustr. 20.

Haus- u. Grundstücksverkauf.

Mittwoch, den 4. August, d. Js., nachm. 5.30 Uhr lassen die Erben des verstorbenen H. Löwen-stein ihr in Bad Ems, Bahnhofstr. Nr. 34, belegenes Wohnhaus mit überb. Tordanfahrl., Stallung, und Hofraum, (gen. Haus Heidenburg) zu jedem Geschäfts-betrieb geeignet sowie einen

Wald im Unterhalden 7,61 Ar groß und 6 Vegetations

in Bad Ems, „Hotel Weißburger Hof“ ertheilungs-halber zum Verkauf ausbieten.

Bad Ems, den 29. Juli 1920.

Heu

lose und gepresst

und gepresstes Stroh

haben in jeder Menge abzugeben

Martin Fuchs, G. m. b. H., Diez

Telefon 1.

Künstler - Konzert

in Diez

Dienstag, 3. Aug., abends 8 1/2 Uhr

im großen Saal des „Hof von Holland“ (Theatereingang)

veranstaltet von:

Fräulein Else Link, hochdramatische

Sängerin vom Stadttheater Kaiserslautern.

Fräulein Annelies Becker, Pianistin aus

Mainz.

Herrn Willy Wunderlich, Solo-Cellist vom

Stadttheater Mainz.

Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Meckel,

Preise: 1. Platz (num.) 6 M., 2. Platz und Balkon

4 M., 3. Platz 2.50 M.

Kaufe ganze

oder Teile

von den höchsten

Georg Janssen

Coblenz,

Florinspfaffen

a. d. Diebstra

Telefon 592. Bad